

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Umstrittenes Comeback Rückkehr des Wolfes sorgt für Diskussionen





Streit um den Wolf – zwischen Arten- und Weidetierschutz

- S. 13 [Sachverständige äußern sich im Fachausschuss](#)
- S. 14 [Standpunkte](#)



S. 3 [Im Gedenken an die Opfer von Flug 9525](#)

Zehnter Jahrestag der Germanwings-Katastrophe

S. 4 [NRW und die Reform der Schuldenbremse](#)

Aktuelle Stunde zum Infrastrukturpaket des Bundes

S. 5 [Wenn Kliniken klagen](#)

Debatte um Krankenhausreform

S. 6 [Gesetzgebung](#)

S. 7 [Anstieg rechtsextremer Straftaten](#)

Landtag debattiert in Aktueller Stunde



S. 8 [Meldungen aus dem Plenum](#)

Forum

S. 10 [Frauen, die Geschichte schreiben](#)

Ausstellung „FrauenOrte NRW“ eröffnet



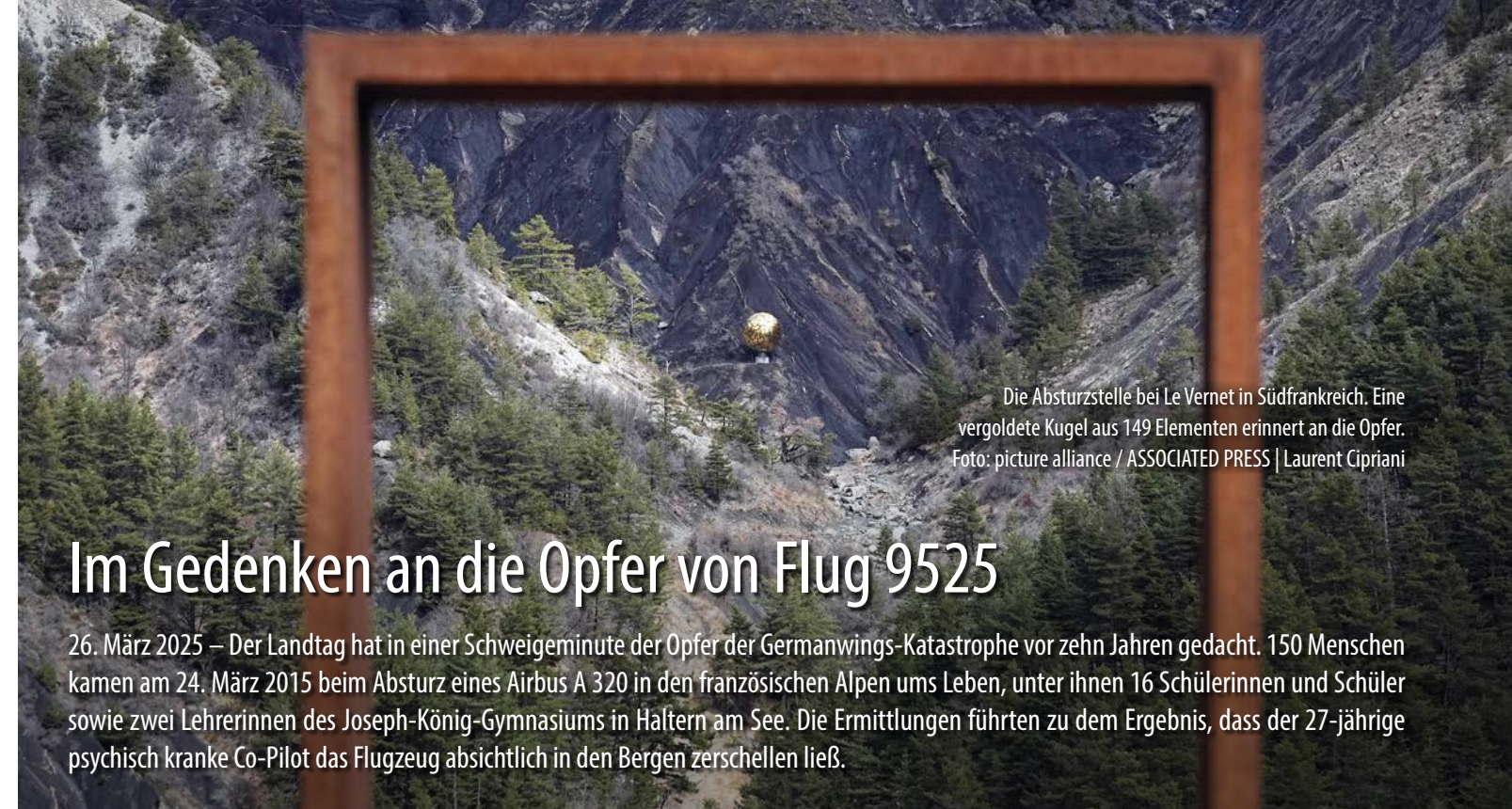
S. 12 [Von Märchen und Meinungsmacht](#)

Parlamentsgespräch über Soziale Medien

S. 16 [Aus den Fraktionen](#)

S. 18 [Porträt: Frederick Cordes \(SPD\)](#)

S. 19 [Kurz notiert](#)



Im Gedenken an die Opfer von Flug 9525

26. März 2025 – Der Landtag hat in einer Schweigeminute der Opfer der Germanwings-Katastrophe vor zehn Jahren gedacht. 150 Menschen kamen am 24. März 2015 beim Absturz eines Airbus A 320 in den französischen Alpen ums Leben, unter ihnen 16 Schülerinnen und Schüler sowie zwei Lehrerinnen des Joseph-König-Gymnasiums in Haltern am See. Die Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, dass der 27-jährige psychisch kranke Co-Pilot das Flugzeug absichtlich in den Bergen zerschellen ließ.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Plenarsitzung erinnerte der 1. Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmeltzer, an die Opfer. Er sprach von einer „Katastrophe, die uns allen unbegreiflich bleibt“. Die quälenden Fragen nach dem „Warum“ blieben am Ende unbeantwortet: „Diese Tat lässt sich menschlich nicht fassen.“

Viele der Opfer stammten aus Nordrhein-Westfalen, sagte Schmeltzer: Die Schülerinnen und Schüler mit ihren beiden Lehrerinnen aus Haltern am See, die an einem Schüleraustausch in Spanien teilgenommen hatten. Der Opernsänger. Die Opernsängerin mit ihrer jungen Familie aus Düsseldorf. Der Flugkapitän, der nicht mehr ins Cockpit kam, weil der Co-Pilot es versperrt hatte.

„In den ureigenen Maßstäben von Trauer und Verlust sind zehn Jahre oft nur ein Augenblick“, sagte der 1. Vizepräsident in Vertretung von Landtagspräsident André Kuper. Der Jahrestag vergegenwärtige das Geschehene erneut: „Welche Kraft muss er die Angehörigen und Hinterbliebenen kosten?“

Stiftungen gegründet

Unter den Gästen im Plenarsaal waren Angehörige der Opfer. Aus ihrem Kreise seien zwei Stiftungen entstanden, berichtete Schmeltzer – der Patrick Sondenheimer Stiftungsfonds zur Unterstützung der Trauerhilfe für Kinder und Jugendliche sowie die Elena-Bleß-Stiftung. Ihr Ziel sei es, den internationalen Jugendaustausch und



Vizepräsident Rainer Schmeltzer

Fotos: Schälte

Auslandspraktika zu fördern. Die Kraft der Angehörigen, ihr Umgang mit der Trauer, ihr Blick nach vorne berühre: „Sie machen damit vielen Menschen neuen Mut.“

Ebenfalls anwesend waren der damalige Leiter des Joseph-König-Gymnasiums, Ulrich Wessel, und seine Frau Birgit, der heutige Schulleiter Christian Krahl sowie der Halterner Bürgermeister Andreas Stegemann und sein Vorgänger Bodo Klimpel, heute Landrat des Kreises Recklinghausen.

Schmeltzer dankte dem Ehepaar Wessel stellvertretend für alle Menschen, die sich seit der Katastrophe für das Miteinander und eine Bewältigung der Trauer einsetzen: „Für Ihr Dasein in schwerster Zeit, auch unter den größten persönlichen Belastungen, gebührt Ihnen und allen guten Kräften der Dank unseres Parlaments.“

Dann erhoben sich die Abgeordneten und die Gäste auf der Tribüne von ihren Plätzen und gedachten in einer Schweigeminute der Opfer von Flug 9525. *red*



Während der Schweigeminute im Plenarsaal erhoben sich die Abgeordneten und die Gäste auf der Tribüne.

NRW und die Reform der Schuldenbremse

26. März 2025 – Welche Folgen haben die vom Bundestag beschlossene Reform der Schuldenbremse und das milliardenschwere Finanzpaket für Nordrhein-Westfalen? Um diese Frage ging es in einer Aktuellen Stunde im Landtag. Zugrunde lagen Anträge der Fraktionen von SPD, AfD und FDP.

Der Bundesrat hatte den Plänen von Union und SPD zur erforderlichen Änderung des Grundgesetzes in der vorangegangenen Woche zugestimmt. Vorgesehen sind eine Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben sowie ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz.

Die SPD-Fraktion weist in ihrem Antrag (18/13256) auf den „Investitionsstau in den NRW-Kommunen“ hin. Die AfD-Fraktion kritisiert in ihrem Antrag (18/13257) die Verankerung der Klimaneutralität im Grundgesetz. Die FDP-Fraktion spricht in ihrem Antrag (18/13258) von einem „rapiden Kurswechsel“ der Christdemokraten.

Bundestag und Bundesrat hätten mit der Reform der Schuldenbremse Historisches entschieden, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Jochen Ott**. Investiert werden müsse im Sinne der Generationengerechtigkeit vorrangig in Arbeitnehmende, ihre Familien und ihre Kinder. Die Landesregierung müsse die dem Land zur Verfügung stehenden Mittel zudem in zusätzliche Projekte investieren. Keinesfalls dürften sie zum „Stopfen von Haushaltslöchern“ genutzt werden.

Christian Loose (AfD) kritisierte, dass im Bundestag eine „wirtschaftspolitische Atombombe“ gezündet worden sei. Vor allem die im Grundgesetz verankerte Klimaneutralität bis 2045 werde die Unternehmen in die Knie zwingen und die „Industrie zerstören“. Die „massive CO₂-Steuer“ führe zusätzlich zu Teuerungen, etwa in der Autoindustrie. Lediglich die AfD verteidige noch Wohlstand, Freiheit und Vernunft.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** kritisierte, die Schuldenbremse sei „de facto beerdigt“ worden. Damit habe die Union im Bund, aber auch die CDU in NRW ihr Wort gebrochen. Folgen seien eine steigende Zinslast des Bundes, durch die die Hand-

lungsräume kleiner würden, steigende Zinsen und eine steigende Inflation. Zugleich sei eine neue Schulden- und Eurokrise deutlich wahrscheinlicher geworden. Höne sprach von einem „historischen Fehler“.

Olaf Lehne (CDU) begrüßte die Entscheidungen im Bund als „Grundlage für ein Modernisierungsprojekt von historischem Ausmaß“. NRW werde davon erheblich profitieren. Die CDU sehe das Investitionspaket als „historische Chance“, aber auch als Aufgabe, die mit „Augenmaß, Struktur und Verantwortung“ bewältigt werden müsse. Die Kritik seines Vorredners wies Lehne zurück. Die Schuldenbremse sei nicht abgeschafft worden. Sie sei vielmehr „fest verankert“ im Grundgesetz.

„Investitionsbooster“

Die Änderungen bei der Schuldenbremse und das 500-Milliarden-Sondervermögen seien „ein erster guter Schritt zur Auflösung des Investitionsstaus“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems**. Bitter sei jedoch, dass der Klimaschutz nur auf Drängen der Grünen aufgenommen worden sei. Alle aktuellen Probleme ließen sich mit dem Geld aber nicht lösen. Erforderlich sei eine „Finanzreform, die die Belange von Kommunen und Ländern im Blick hat“.

„Wenn die Welt wackelt, muss Deutschland stehen“, sagte Kommunalministerin **Ina Scharrenbach** (CDU). Sie ergänzte: „Und für Deutschlands festen Stand ist Nordrhein-Westfalen ein sehr wichtiges Fundament.“ Das Sondervermögen für die Infrastruktur werde ein „Investitionsbooster“ für das Land. Es schaffe über zwölf Jahre Planungssicherheit. Zusätzlich müssten Verfahren beschleunigt und flexibilisiert werden. *rüc, wib, zab*



Fotos: Schälte

Kommunalministerin
Ina Scharrenbach (CDU)

Foto: VILevi - stock.adobe.com

PLENUM

Wenn Kliniken klagen

28. März 2025 – Die Krankenhausplanung der Landesregierung stand im Mittelpunkt einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde. Hintergrund sind Klagen zahlreicher Kliniken gegen die Umsetzung der Reform, die zum 1. April 2025 im Kraft tritt. Es geht um medizinische Leistungen, die nicht mehr angeboten werden sollen.

Mehrere Krankenhäuser hätten einem Medienbericht zufolge „Erfolge im Rechtsstreit gegen die Reform von Gesundheitsminister Laumann erzielt“, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag (18/13261). Leistungen, die gestrichen werden sollten, dürften „vorerst in diesen Fällen weiter angeboten werden“. Ein „zentrales Beispiel“ sei die Uniklinik Essen, die Herztransplantationen nicht mehr anbieten solle. Die Befürchtung sei groß, „dass die Krankenhausplanung insgesamt scheitert“.

Feststellungsbescheide des Gesundheitsministeriums dazu, welche Leistungen Krankenhäuser künftig anbieten dürften, hätten diese erst im Dezember 2024 erreicht, kritisierte **Lisa-Kristin Kapteinat** (SPD). „Ein kurzer Zeitraum für eine der größten Umstrukturierungen in unserer Krankenhauslandschaft.“ Das Vorgehen der Landesregierung sei „chaotisch“. Das Ergebnis: 95 Klagen und 28 Eilanträge gegen die Ministeriumsbescheide. Viele Klagen hätten Aussicht auf Erfolg.

Qualität der Versorgung

Zwar gebe es Klagen gegen einzelne Bescheide, räumte **Marco Schmitz** (CDU) ein. Das aber sei „bei Weitem kein Grund für ein Scheitern der Krankenhausplanung“. Nur weniger als 2 Prozent der Bescheide würden rechtlich angefochten. Die Reform sei „mit Augenmaß, Sorgfalt und rechtlicher Stabilität“ geplant und umgesetzt worden. Sie sei „notwendig, richtig und zukunftsgerichtet“. Ziel sei eine „hochwertige, erreichbare und nachhaltige stationäre Versorgung“.

Ihre Fraktion habe die Krankenhausplanung in der vergangenen Wahlperiode mit auf den Weg gebracht, sagte **Susanne Schneider**

(FDP). Durch eine stärkere Spezialisierung sollten die Qualität der Versorgung verbessert und Doppelstrukturen vermieden werden. Ebenso sei eine „gute Erreichbarkeit in der Fläche“ vorgesehen. Die FDP stehe weiter hinter dem Konzept. Allerdings habe das Ministerium offenbar die Komplexität der Umsetzung unterschätzt. Es sei mehr Transparenz erforderlich.

Die SPD-Fraktion versuche zum wiederholten Mal, die Krankenhausplanung in NRW durch „Alarmismus“ zu torpedieren, sagte **Meral Thoms** (Grüne). Tatsächlich handle es sich aber um ein Erfolgsmodell. Es sei wegweisend für ganz Deutschland. Die Reform sei dringend notwendig, vielerorts stünden Kliniken in einem „ruinösen Wettbewerb“ um Patientinnen und Patienten und Fachkräfte. Nicht jedes Krankenhaus müsse alles anbieten, wichtig sei die wohnortnahe Grundversorgung.

AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincentz** nannte die Reform einen guten ersten Schritt. Die Medizin habe sich verändert, es gebe mehr Spezialisierungen. Und das jetzige System habe zu einem „ruinösen Wettbewerb“ unter Kliniken geführt. Vincentz betonte zugleich, dass noch viele weitere Schritte notwendig seien. So müssten Kosten vorgehalten werden für medizinische Stationen, die nur saisonal stark ausgelastet seien. Und es brauche mehr Fachkräfte in den Kliniken.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) betonte, die Reform werde nicht scheitern. Es gehe erst jetzt richtig los. Der Minister sprach von der umfassendsten Strukturreform seit Jahrzehnten. NRW habe „Pionierarbeit“ für die gesamte Bundesrepublik geleistet. Die Reform bedeute für alle Beteiligten Veränderungen. Es sei klar gewesen, dass es Kritik und Klagen geben werde. Die Landesregierung werde den Weg aber weitergehen. *tob, zab, wib*



GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/9606](#) | CDU und Grüne | 2. Lesung am 26. März 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/13154](#) | CDU, SPD, Grüne, FDP | 1. und 2. Lesung am 26. März 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83) | [18/12769](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen – Laufbahnrecht | [18/12817](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags für Laufbahnberiberinnen und Laufbahnberiber des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen | [18/12816](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [18/12768](#) | FDP | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes NRW Glücksspielstaatsvertrag | [18/12349](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Sicherung von umfassenden Bildungsangeboten und zur Stärkung der Qualität von Schule (17. Schulrechtsänderungsgesetz) | [18/12001](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung | [18/12025](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz zu § 47 Absatz 1b des Asylgesetzes | [18/12026](#) | FDP | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes | [18/10933](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz | [18/10841](#) | Neudruck | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII | [18/9770](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Eine Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Gesetzgebung>



PLENUM

Anstieg rechtsextremer Straftaten

27. März 2025 – Die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten ist in Nordrhein-Westfalen 2024 um rund 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies geht aus dem „Lagebild Rechtsextremismus“ des Innenministeriums hervor. Der Landtag hat darüber in einer Aktuellen Stunde diskutiert.

Der Debatte lagen Anträge der Fraktionen von SPD ([18/13259](#)) sowie von CDU und Grünen ([18/13260](#)) zugrunde. Die SPD bezieht sich auf einen Pressebericht, demzufolge Köln und das Ruhrgebiet stark betroffen seien. Besonders alarmierend sei der Anstieg bei jugendlichen Tatverdächtigen, heißt es im Antrag von CDU und Grünen.

„Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie in unserem Land“, betonte **Elisabeth Müller-Witt** für die SPD-Fraktion, denn die Zahl der Menschen mit einem gefestigten rechtsextremistischen Weltbild steige an. Gemeinsam arbeite die Neue Rechte an der „Entgrenzung des Sag- und Machbaren“. Wenn eine weitere Entgrenzung verhindert werden solle, sei es die Verantwortung der Politik, „für die Werte unserer Verfassung einzustehen“.

Gregor Golland von der CDU-Fraktion verwies auf die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Nicht nur das Lagebild Rechtsextremismus, sondern auch das Lagebild Islamismus und andere geplante Extremismus-Lagebilder seien ein wichtiger Schritt nach vorne und zeigten, wie wichtig diese Themen der Landesregierung seien. „Unser Land, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie sind und bleiben wehrhaft“, schloss der Abgeordnete.

Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** nannte die Zahlen einen „erschreckenden



Befund“ für den Zustand der Gesellschaft. Sie mahnte, dass sich Demokratinnen und Demokraten nicht einschüchtern lassen dürften, weder im digitalen noch im analogen Raum. Schäffer: „Wir sind und wir bleiben solidarisch mit den Opfern und den Betroffenen dieser Gewalt. Der Rechtsstaat geht konsequent gegen die Täterinnen und Täter vor.“ Sie ergänzte: „Unsere Demokratie ist wehrhaft.“

„Gift für die Freiheit“

Marc Lürbke (FDP) sagte, der wachsende Extremismus sei Gift für die Freiheit im Land. Dies dürfe nicht zugelassen werden. Er teile die Sorge, die in den der Aktuellen Stunde

zugrunde liegenden Anträgen zum Ausdruck komme. Es werde aber kein „neuer Schaukampf der Betroffenheit“ benötigt, sondern „ein Plan, der den Namen verdient“. Konkret forderte er unter anderem Programme, die speziell auf junge Zielgruppen ausgerichtet seien, beispielsweise zu Medien- und Demokratiekompetenz.

Der Extremismusvorwurf unterliege „nicht ausschließlich sachlichen Kriterien, sondern strategisch-taktischen Eigennutzerwägungen der alten Parteien“, sagte **Markus Wagner** (AfD). Im Zusammenhang mit seiner Partei sprach er von einem „inflationären Nazi- und Faschismusvergleich“. Er sagte: „Nazis, Klimakleber, Islamisten und Linksradikale stehen gegen alles, was unser Land erfolgreich, wohlständig und lebenswert gemacht hat.“

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) bezeichnete den Rechtsextremismus als „größte Gefahr und Bedrohung unserer Demokratie“. Er werde immer lauter, jünger, digitaler, kreativer, engagierter, intellektueller. „Er trägt Sneaker statt Springerstiefel“, sagte Reul. Rechtsextremismus sei heute „eine Art Erlebniswelt für junge Leute“. Der Minister wies auf die zahlreichen Präventionsprogramme der Landesregierung hin. Er frage sich aber manchmal, ob weniger und gezielte Programme nicht besser seien als viele Programme.

riic, wib, zab



AUS DEM PLENUM

Tierheime

26.3.2025 – Der Bedarf an Plätzen in Tierheimen sei gestiegen, schreiben die Fraktionen von CDU und Grünen in einem Antrag ([18/13163](#)), über den das Plenum beraten hat. Grund dafür seien unter anderem die Folgen der Corona-Pandemie, als sich viele Bürgerinnen und Bürger ein Tier zugelegt und später wieder abgegeben hätten. Zudem würden Haustiere zunehmend über den – teils illegalen – Onlinehandel angeboten, was zu unbedachten Käufen führe. Tierheime würden die Versorgung von ausgesetzten, entlaufenen sowie sichergestellten Tieren übernehmen. Die Landesregierung solle den Tierschutz fördern, Tierheime stärken und diese durch betriebswirtschaftliche Beratung und Weiterbildungen unterstützen. Der Antrag sowie ein Entschließungsantrag der SPD ([18/1327](#)) wurden an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (federführend) überwiesen.

Anlaufstelle in Sachen Polizei



Foto: Schälte

26.3.2025 – In Nordrhein-Westfalen wird die Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten eingerichtet. Der Landtag hat einen entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/9606](#)) verabschiedet. Vorgesehen sei ein bewusst niedrigschwelliges Angebot für Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte der Polizei, „um Anliegen mit oder innerhalb der Polizei zu bearbeiten und auf etwaige Fehler, Fehlverhalten und Fehlentwicklungen zu reagieren“, heißt es im Gesetzentwurf. Die Stelle soll beim Landtag angesiedelt werden. Für den Gesetzentwurf stimmten in namentlicher Abstimmung 101 Abgeordnete. 24 lehnten den Entwurf ab, 51 enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der FDP ([18/13290](#)) wurde abgelehnt.

Große Anfrage „Corona“

26.3.2025 – Die Corona-Strategien der Landesregierung waren Thema einer Großen Anfrage der AfD-Fraktion ([18/9796](#)). Die „Covid-19-Krise“ habe nicht nur die Gesundheit der Bürgerinnen

und Bürger, „sondern in zunehmendem Maße auch die Rechte des Einzelnen“ bedroht, so die Fraktion. Sie stellte insgesamt 500 Fragen. Es ging unter anderem um Kontaktbeschränkungen, Lockdowns, Fernunterricht, Impfungen und Teststrategien. Weitere Themen waren finanzielle Hilfen für Unternehmen und Selbstständige, die Beschaffung von Masken sowie die Kontrolle von Schnelltestzentren. Nordrhein-Westfalen habe auf sehr viele der aufgetretenen Herausforderungen schnell und wirksam reagieren können, heißt es in der Antwort der Landesregierung ([18/12672](#)). Die medizinische Versorgung der Erkrankten sei in Nordrhein-Westfalen „zu jedem Zeitpunkt der Pandemie gesichert“ gewesen, das Gesundheitssystem funktionsfähig geblieben.

Cybersicherheit

26.3.2025 – Der Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum ist Thema eines Antrags der SPD-Fraktion ([18/13149](#)). Kinder und Jugendliche verbrachten zunehmend mehr Zeit im Internet. Das berge Gefahren wie digitale Hasskriminalität und Radikalisierung. Der Schutz der Kinder und Jugendlichen sei von „höchster Bedeutung“. Es sei notwendig, ihnen ergänzend zu bestehenden Beratungs- und Hilfsangeboten ein „staatliches Instrument“ zur Seite zu stellen: ein „Online-Kommissariat“, das an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen angepasst sei und ihre Sicherheit gewährleiste. Auf diese Weise könne ein System entstehen, das es jungen Nutzerinnen und Nutzern ermögliche, schnell und ohne Scham polizeiliche Hilfe zu suchen, heißt es in dem Antrag. Er wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss (federführend) überwiesen.

Schulfinanzen

26.3.2025 – Mit der Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben an Schulen befasst sich die FDP-Fraktion in einem Antrag ([18/13158](#)). Der Unterricht an Schulen in NRW leide unter anderem unter „übermäßiger Belastung der Lehrkräfte“. Zu ihren Aufgaben gehöre das Einsammeln und Verwalten von Geld. Die Landesregierung müsse technologische Innovationen nutzen, um solche Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren. So habe Rheinland-Pfalz mit der Software „Klassengeld“ das digitale Einsammeln von Geld ermöglicht. Die Lehrkräfte könnten sich so stärker auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren. NRW dürfe in dieser Frage nicht hinterherhinken. Eine rechtssichere Softwarelösung sei „dringend erforderlich“. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Doping bei Jugendlichen

26.3.2025 – Die AfD-Fraktion warnt in einem Antrag ([18/13167](#)) vor dem Missbrauch sogenannter selektiver Androgenrezeptor-Modulatoren (SARM). Es handle sich dabei um eine Substanz zum Muskelaufbau. In Sozialen Medien würden „Fitness-Influencer“ gezielt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen für die Substanz werben. Allerdings liege weder in den USA noch in der



Foto: Schälte

Europäischen Union eine generelle Zulassung vor. Ein Missbrauch könne schwerwiegende gesundheitliche Nebenwirkungen haben, so die Fraktion. Die Landesregierung solle illegale Anbieter im Rahmen der Doping-Bekämpfung stärker ins Visier nehmen. Zudem solle sie gemeinsam mit dem Landessportbund eine Aufklärungskampagne entwickeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Belarus

27.3.2025 – Rund fünf Jahre nach Beginn der damaligen Massenproteste in Belarus gegen den autoritär regierenden Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka hat sich der Landtag solidarisch mit der Oppositionsbewegung in dem osteuropäischen Land gezeigt. Mit Mehrheit wurde ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FPD ([18/13156](#) Neudruck) verabschiedet. Die AfD enthielt sich. In dem Antrag heißt es unter anderem, der Landtag bekräftige seine Unterstützung „für die Bevölkerung von Belarus in ihrem Streben nach Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. Nordrhein-Westfalen steht weiterhin so-

lidarisch an der Seite derer, die sich innerhalb und außerhalb von Belarus für die belarussische Freiheitsbewegung engagieren.“ Seit 2020 habe sich die Menschenrechtslage „massiv verschlechtert“. Jegliche Form politischer Opposition werde unterdrückt. Ein Entschließungsantrag der AfD ([18/13284](#)) wurde abgelehnt.

Demokratiebericht

27.3.2025 – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP sehen die Demokratie durch gesellschaftliche Entwicklungen bedroht. Grund dafür sei die „Zunahme rechtsextremistischer, linksextremistischer, populistischer und islamistischer Gruppen und Einstellungen, die Polarisierung in den politischen Diskussionen und die Verbreitung von Falschmeldungen und Hassrede – gerade über soziale Medien“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen ([18/13155](#)), der im Plenum bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion angenommen wurde. Die Landesregierung solle den sogenannten Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung, der seit 2021 zweimal erschienen ist, „fortan alle zwei Jahre“ vorlegen.



VERPFLICHTUNG

Der Vizepräsident des Landtags, Christof Rasche (r.), hat am 27. März 2025 Thomas Röckemann (AfD) als neuen Abgeordneten verpflichtet. Der 60-jährige Rechtsanwalt rückt für Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) nach. Dieser hatte sein Mandat nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag niedergelegt. Röckemann kommt aus Minden und war bereits in der vergangenen Legislaturperiode Mitglied des Landtags. Foto: Schälte

Frauen, die Geschichte schreiben

6. März 2025 – Eine Äbtissin aus Essen, eine Müllerin aus Wülfrath, eine Landrätin aus Bielefeld – zahlreiche Frauen haben ihre Spuren in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen hinterlassen. Und doch tauchen sie kaum in Geschichtsbüchern auf. Eine Ausstellung im Landtag hat sich diesen Frauen gewidmet. Aus Anlass des Weltfrauentags hat Vizepräsidentin Berivan Aymaz die Schau eröffnet.



„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – so steht es im Grundgesetz. Mit dafür gesorgt hat Elisabeth Selbert, die als eine der „Mütter des Grundgesetzes“ auf die Straße ging, damit der Satz nach dem Zweiten Weltkrieg in die Verfassung der noch jungen Bundesrepublik aufgenommen wurde. Die Bonnerin und promovierte Juristin gilt als leidenschaftliche Kämpferin für Frauenrechte und ist eine der bekannteren Pionierinnen, deren Lebenswege und Lebensleistungen bei der Ausstellung im Landtag thematisiert wurden.

Errungenschaften von Frauen sichtbar zu machen, darum gehe es bei der Ausstellung, sagte Berivan Aymaz, Vizepräsidentin des Landtags, bei der Eröffnung. „Bis ins 10. Jahrhundert zurück reichen die Geschichten über Frauen, die unter teils schwierigen, gefährlichen, ja, lebensbedrohlichen Bedingungen ihren Weg konsequent gegangen sind und sich nicht haben kleinkriegen lassen.“

Die Ausstellung basiert auf dem Projekt „FrauenOrte NRW“ des Frauenrates NRW. Es erinnert an 52 Orten an 57 Frauen, die in den vergangenen 1.000 Jahren auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen gewirkt haben: Malerinnen und Pädagoginnen, Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen, Widerstandskämpferinnen und Schriftstellerinnen sind darunter. Für die Ausstellung im Landtag wurden zwölf dieser Frauen ausgewählt.

Eine von ihnen ist Margarethe Müllemann (1603–1662) aus Wülfrath im Bergischen Land. Sie lebte in der Zeit politischer

Unruhen des Dreißigjährigen Krieges und heiratete im Alter von 15 Jahren den Besitzer einer Wassermühle, der früh starb. Nach seinem Tod betrieb die junge Frau die Mühle allein weiter. Als ein Freiherr den Bau einer zweiten Mühle im Ort plante, fürchtete sie um ihre wirtschaftliche Existenz. Margarethe Müllemann zog vor das Kammergericht in Düsseldorf, um für den Erhalt ihrer Wasserrechte zu klagen – ein ebenso gewagter wie außergewöhnlicher Schritt für eine alleinstehende Frau im 17. Jahrhundert. Sie gewann den Prozess nach vielen Verhandlungsjahren.

Eine Müllerin beweist Mut

„Geholfen hat es ihr nicht“, erklärte Saskia Bellem, Leiterin des Projekts „FrauenOrte NRW“, bei der Ausstellungseröffnung. Der Freiherr baute seine Mühle, Margarethe Müllemann verarmte und starb mit 59 Jahren. Aber: Sie habe Mut bewiesen, für ihre Rechte gestritten und könne heute gerade jungen Frauen ein Vorbild sein, sagte Bellem. Wenn sich eine einfache Müllerin gegen einen wohlhabenden Mann vor Gericht habe durchsetzen können, führe das zur Frage: „Was kann ich heute schaffen?“

Alle Frauen der Ausstellung hätten eines gemeinsam, so Projektleiterin Bellem: „Die haben sich behauptet. Die hatten Schneid. Die hatten Durchsetzungsvermögen.“ Das gelte auch für Hannah Tervoort (1909–2002) aus Krefeld, die eine jüdische Frau in der Zeit des Nationalsozialismus vor der Deportation und Er-

mordung bewahrte. Zu Lebzeiten wurde sie dafür mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Nach ihrem Tod verlieh die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ihr den Titel „Gerechte unter den Völkern“.

Anderes Beispiel: Anja Niedringhaus (1965–2014) aus Höxter. Als Fotografin behauptete sie sich im von Männern dominierten Metier der Kriegsberichterstattung. Unterwegs war sie unter anderem in Jugoslawien, Afghanistan, Kuwait, Libyen und im Irak. Als erste deutsche Fotografin wurde sie für ihre Arbeit mit dem renommierten Pulitzer-Preis ausgezeichnet.

Selbstbestimmt in Gleichheit und Freiheit

Vizepräsidentin Aymaz betonte, wie wichtig es sei, gerade im Parlament auf beeindruckende Frauenpersönlichkeiten hinzuweisen. Der Landtag verabschiedete Gesetze und schaffe Rahmenbedingungen, damit Frauen selbstbestimmt in Gleichheit und Freiheit leben könnten. Grundlage dazu sei Artikel 3 des Grundgesetzes, nach dem der Staat auch auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

Immer noch seien Frauen allerdings auch in der Politik unterrepräsentiert, sagte Murielle Guéguen, Vorstand des Frauenrates NRW. Es habe zudem lange gedauert, bis 1963, als bundesweit die erste Frau ihr Amt als Landrätin antreten konnte. Es war Else Zimmermann (1907–1995) im Kreis Bielefeld, eine weitere Frau der Ausstellung. „Frau Landrat“, so wollte Else Zimmermann angesprochen werden. „Man muss nicht unbedingt seinen Mann stehen, man kann auch seine Frau stehen“, dieser Satz ist von ihr überliefert. Vielleicht wird er in Zukunft häufiger in Geschichtsbüchern zu lesen sein. *tab*

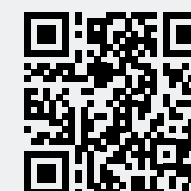


Bei der Ausstellungseröffnung: Berivan Aymaz (Mitte), Vizepräsidentin des Landtags, Murielle Guéguen, Vorstand des Frauenrates NRW (v.l.), Britta Oellers (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen, Projektleiterin Saskia Bellem und Moderation Elif Şenel
Fotos: Schälte

FrauenOrte

Die Biografien von 57 Frauen aus 52 Orten in Nordrhein-Westfalen sind auf der Internetseite des Projekts FrauenOrte nachzulesen. Online abrufbar sind zudem eine Karte mit allen Wirkungsstätten sowie Flyer, Postkarten und Informationen zum Projekt.

www.frauenorte-nrw.de



Weitere Orte und Frauen der Ausstellung:

Bonn Johanna Elberskirchen (1864–1943) war eine feministische, offen lesbische Autorin, die sich für Frauen-, Homosexuellen- und Arbeitgeberinnenrechte einsetzte.

Dortmund Bildungspionierin Marie Reinders (1867–1911) gründete gegen Widerstand die erste private Mädchen-Mittelschule Westfalens.

Essen Mathilde, Äbtissin von Essen (949–1011), prägte während ihrer fast 40-jährigen Amtszeit das Essener Frauenstift, mehrte seine Rechte und Besitzungen und schenkte bedeutende Kunstwerke.

Köln Dr. Freya von Moltke (1911–2011) war Juristin und Mitglied im Kreisauer Kreis, einer der bedeutendsten Widerstandsgruppen zur NS-Zeit.

Schwerte Sophie Ludwig (1883–1941) war als erste Frau für das „Zentrum“ Stadtverordnete in Schwerte und setzte sich für demokratische Teilhabe ein.

Solingen Die Plein-Air-Malerin Bettina Heinen-Ayech (1937–2020) wuchs in der Solinger Künstlerkolonie „Schwarzes Haus“ auf und engagierte sich für Kunst und interkulturellen Dialog.

Wuppertal Regina Bruce (1900–1991) wurde zur Zeit des Kolonialismus in Wuppertal geboren. Später war sie Präsidentin des Roten Kreuzes in Togo.

Von Märchen und Meinungsmacht

Die Bedeutung Sozialer Medien nimmt zu. Was heißt es für die Meinungsvielfalt, wenn die reichsten Männer der Welt auch die größten sozialen Plattformen beherrschen? Beim Parlamentsgespräch ging es um die Monopolisierung der Meinungsmacht – und was dagegen unternommen werden kann.



Landtagspräsident André Kuper (3.v.r), Medienwissenschaftler Prof. Dr. Martin Andree (v.l.), Journalist Ranga Yogeshwar, Moderatorin Vivien Leue sowie die Journalistinnen Nicole Diekmann und Dr. Antje Höning Foto: Schälte

„Die Sozialen Medien werden gefühlt immer häufiger zu undurchschaubaren Echoräumen für Falschinformationen, Beschimpfungen und versuchte Manipulationen, besonders im Vorfeld demokratischer Wahlen“, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, zur Begrüßung der Gäste. Bei der vergangenen Bundestagswahl sei dies deutlich zu spüren gewesen.

Etablierte Medien aus Print und Fernsehen wüssten nach wie vor nicht mit Falsch- und Desinformationen in Sozialen Medien umzugehen, räumte ZDF-Korrespondentin Nicole Diekmann zu Beginn der Podiumsdiskussion ein. „Wir reden viel über Fakten-Checks, wir versuchen gegenzusteuern.“ Aber da gebe es „noch viel Luft nach oben“.

Dr. Antje Höning, Leiterin der Redaktion Wirtschaft der Rheinischen Post, ergänzte, dass sich Menschen nicht mehr vornehmlich über etablierte Nachrichtensendungen wie die „Tagesschau“ informierten. Früher seien Pro und Contra zu einem Thema wie an einem Lagerfeuer vorgeführt worden, um Zuschauerinnen und Zuschauer auf den gleichen Stand zu bringen. In Sozialen Medien dagegen finde der Austausch meist in abgekapselten Räumen statt, was zulasten des breiten Diskurses gehe.

Wer sich für einen Platz im Publikum beim nächsten Parlamentsgespräch anmelden möchte, kann dazu ein Formular auf der Internetseite des Landtags nutzen.
<https://lt.nrw/anmeldung>



Es handle sich bei Sozialen Medien um reine Werbeplattformen, hinter denen „Business-Modelle“ stünden, bemerkte Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar. Ziel sei es, Aufmerksamkeit zu erzeugen, und nicht, den demokratischen Diskurs zu fördern. Studien hätten gezeigt, dass sich Falschnachrichten 15-mal häufiger verbreiteten. Ohne es zu wollen, hätten Betreiber Sozialer Medien „eine Maschine geschaffen, die im Wesentlichen eine Fake-News-Pumpe ist“. Das Potenzial für gezielte Manipulationen sei riesig.

Märchen von „wunderschönen Plüschhasen“

Es brauche daher eine stärkere Regulierung, forderte Medienwissenschaftler Prof. Dr. Martin Andree. „Big-Tech“-Unternehmen versuchten Regulierungen allerdings mit allen Mitteln zu verhindern. Sie verbreiteten ein „Märchen“, das in etwa so laute: auf der einen Seite das „supertolle Netz“, „digitale Freiheit“ und „wunderschöne Plüschhasen“, auf der anderen Seite die „bösen nervigen Regulierer“ wie der ehemalige EU-Kommissar Thierry Breton, die Nutzerinnen und Nutzern den „Cyberspace“ wegnehmen wollten. „Das ist in meinen Augen die erfolgreichste lobbyistische Lüge, die jemals erzählt wurde.“

Monopole in der digitalen Welt wiederum seien ausschließlich auf Privilegien und rechtlichen Vorzugsbehandlungen aufgebaut, erklärte der Medienwissenschaftler an der Universität Köln. Es gebe beispielsweise ein Haftungs- und Straffreiheitsprivileg: Die Plattformen dürften Geld mit Inhalten verdienen, selbst wenn sie strafbar seien. Auch bei Verleumdungen, rassistischer Diskriminierung oder Holocaust-Leugnung sei das der Fall. „Da machen sie schön Werbung dran“, kritisierte Andree. Versuche die Politik dagegen vorzugehen, laufe die Maschine der sozialen Plattformen heiß und lenke die öffentliche Meinung. „Wir sind geblitzlicht von den Plattformen.“

Die Politik müsse den Mut aufbringen, die „Pause-Taste“ zu drücken und Bedingungen für Betreiber von Sozialen Netzwerken zu formulieren, forderte auch Ranga Yogeshwar. Es gehe einerseits um Transparenz: Algorithmen, die Nachrichten filterten, seien offenzulegen. Computer-Bots, die Stimmung in Sozialen Medien machten, müssten zudem eingeschränkt werden. Wer Nachrichten für zahlreiche Follower verbreite, müsse haftbar gemacht werden können. *tob*

Ein Video und ein Mitschnitt zum Parlamentsgespräch sind abrufbar unter <https://lt.nrw/parlamentsgespraech>.



Streit um den Wolf – zwischen Arten- und Weidetierschutz

10. März 2025 – Mit der Zahl der Wölfe in Nordrhein-Westfalen wachsen auch die Sorgen der Weidetierhalterinnen und -halter: Die Anzahl der Nutztierrisse habe zuletzt deutlich zugenommen. In einer Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume haben Sachverständige nun Ideen vorgestellt, wie Arten- und Weidetierschutz miteinander in Einklang gebracht und Konflikte vermieden werden könnten.

Grundlage der Anhörung waren Anträge der FDP-Fraktion ([18/4356](#)) und der SPD-Fraktion ([18/4580](#)) sowie ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen ([18/11333](#)). Zentrale Themen aller drei Anträge sind das Wachstum der Wolfspopulation in Nordrhein-Westfalen und die damit verbundenen Probleme von Weidetierhalterinnen und -haltern. Die FDP-Fraktion fordert unter anderem zusätzliche Laborkapazitäten zum Nachweis von Wolfsrissen mittels DNA-Test. Zudem sei eine „Lockerung des Schutzstatus“ und „eine Überführung des Wolfs in das Jagdrecht“ erforderlich. Die SPD-Fraktion weist auf die Funktion der Wölfe als „Gesundheitspolizei des Waldes“ hin, da sie vor allem kranke und schwache Tiere rissen. Notwendig sei ein modernes Gesetz zum präventiven Schutz von Weidetieren und ein „verbessertes Wolfsmanagement“. CDU und Grüne regen an, die Förderung von Herdenschutzmaßnahmen auszuweiten. Außerdem solle die Landesregierung prüfen, ob auch laufende Kosten in die Förderung aufgenommen werden können.

„Wichtige Rolle“

Der NABU NRW betonte in seiner Stellungnahme, dass Wolf und Weidetierhaltung aufgrund ihres hohen Wertes für den Naturschutz „nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen“. Der Wolf als großer „Beutegreifer“ erfülle eine wichtige Rolle im Naturhaushalt, die Weidetierhaltung sei für den Natur- und Artenschutz wichtig. Um das Ziel eines „konfliktarmen Miteinanders von Wolf und Weidetierhaltung“ zu erreichen, sei es unter anderem notwendig, nicht nur Herdenschutzmaßnahmen, sondern auch deren Folgekosten zu fördern und Wolfsberaterinnen und -berater hauptamtlich zu beschäftigen. Demgegenüber erscheine die Ausweisung zusätzlicher Referenzlabore als wenig sinn-

voll: Die Verursacherfeststellung sei durch die Rissdokumentation beschleunigt worden; letztere ermögliche es Betroffenen, Entschädigungsleistungen bereits vor der genetischen Analyse zu beantragen. Der Schutzstatus des Wolfes sei zu erhalten, die Aufnahme ins Jagdrecht strikt abzulehnen. Der Rheinische Landwirtschafts-Verband kritisierte hingegen, dass trotz der Ausbreitung des Wolfes und der zunehmenden Risse von Nutztieren „keine Fortschritte zum Schutz der gesellschaftlich erwünschten Weidetierhaltung“ festzustellen seien. Investitionen in den Herdenschutz seien nur dann glaubwürdig,

wenn auffällige Wölfe schnell und konsequent „entnommen“, also getötet würden. Andernfalls werde die Akzeptanz für den Wolf weiter schwinden. Zudem mahnte der Verband an, dass angesichts länderübergreifend streifender Wölfe Unterschiede zur Herdenschutzförderung der Nachbarbundesländer nicht vermittelbar seien. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel seien die Folgekosten des Herdenschutzes förderfähig, ebenso die Unterhaltungskosten für Herdenschutzhund. Die Tierhalterinnen und -halter in Nordrhein-Westfalen blieben hingegen „beim Schutz ihrer Herden auf Kosten sitzen“.

Eine andere Position vertrat die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe. Sie wies auf die Bedeutung des Wolfes für ein widerstandsfähiges Ökosystem hin und lehnte die Überführung des Wolfes ins Jagdrecht ab. Eine Bejagung werde die Problematik für die Weidetierhaltung nicht vereinfachen. Notwendig sei hingegen ein flächendeckender präventiver Herdenschutz:



Foto: AB Photography/Adobe



„Herdenschutz und nur Herdenschutz kann wirksam Wolfsrisse minimieren.“ Wichtig sei es außerdem, auch die Kleinsthalterinnen und -halter sachlich zu informieren. Entsprechend sei der Ausbau der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) in Sachen Wolf längst überfällig.

Schäfer Maik Dünow aus Wesel kritisierte, das Wolfsmanagement sei eine „gesamtgesellschaftliche Verantwortung“, der sich bisher jedoch nur die Weidetierhalterinnen und -halter stellten. Er hob die Zunahme von Rissen im Schermbecker Wolfsgebiet hervor. Dort sei der Wolf auf unvorbereitete Schafhalter getroffen, was zu vermehrten Rissen und zur Aufgabe kleinerer Schafhaltungen geführt habe. Dünow fordert ein verbessertes Monitoring der Wolfspopulation, eine Entbürokratisierung der Antragsverfahren für Herdenschutzförderungen, schnellere Bewilligungen und Auszahlungen des Geldes sowie eine stärkere Einbindung der Weidetierhalter in das Wolfsmanagement.

„Keine gefährdete Art“

Deutliche Kritik am Umgang mit dem Wolf übt die Initiative „Wolfstop Europe“. Wölfe seien in Europa keine gefährdete Art. Ihr hoher Schutzstatus sei entsprechend nicht gerechtfertigt. Auch werde die Bedeutung des Wolfes für das Ökosystem Wald überschätzt. Technischer Herdenschutz sei aufgrund der Kosten-Nutzen-Problematik ausschließlich als Notfallmaßnahme in Krisenzeiten zu verstehen: Die Population müsse massiv reguliert werden. Der Wolf sei in das Jagdrecht zu überführen. Außerdem seien eine „Wolfsbestands-Obergrenze“ auf ein Wolfsrudel pro 11.000 Quadratkilometer festzulegen und Zonen zu etablieren, in denen sich Wölfe nicht aufhalten dürften.

rüc

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie [hier](#).



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen



Markus Höner
(CDU)



Der Wolf ...

Der Wolf ist und bleibt ein Raubtier. Wir stellen in NRW immer mehr Übergriffe auf weidende Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde fest. Eine Akzeptanz für den Wolf wird es nur geben können, wenn wir Problemwölfe konsequent entnehmen.



René Schneider
(SPD)



Der Wolf ist zurück. Das freut uns. Als Gesundheitspolizei des Waldes stabilisiert er unser Ökosystem. Aber es gibt auch Probleme, die wir als Politik lösen müssen.



Dr. Volkhard Wille
(Grüne)



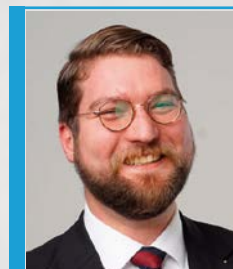
Der Wolf ist zurück in NRW und ein wichtiger Teil heimischer Ökosysteme. Seine Rückkehr ist ein echter Erfolg für den Artenschutz, stellt aber die Weidetierhalterinnen und -halter vor Herausforderungen. Nach aktuellem Kenntnisstand ist in NRW etwas weniger als ein Prozent des bundesweiten Wolfsbestandes ansässig. Wandernde Wölfe aus umliegenden Ländern können vereinzelt durch Gebiete in NRW ziehen.



Dietmar Brockes
(FDP)



Der Wolf muss in ein aktives Bestandsmanagement eingebunden werden, da sich gezeigt hat, dass Herdenschutzmaßnahmen allein nicht ausreichen. Der Wolf muss daher ins Jagdgesetz aufgenommen werden. Eine gezielte Bestandsregulierung ist notwendig, um das Gleichgewicht in der Kulturlandschaft zu erhalten. Das minimiert Konflikte mit der Weidetierhaltung, zumal der günstige Erhaltungszustand auf europäischer Ebene bereits gesichert ist.



Zacharias Schalley
(AfD)



Der Wolf ist das weltweit am weitesten verbreitete Großraubtier und war nie, auch nicht in Europa, je in seinem Bestand gefährdet. Auf Basis des bereits erfolgreichen, mit großen Mängeln behafteten Monitorings wird ein Varianzrahmen von drei bis vier Rudeln in NRW angegeben. Fachleute wie Gerhard Fallent betonen, dass schon drei Rudel den „günstigen Erhaltungszustand“ sicherstellen.

Wölfe in NRW

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Weidetierhaltung ...

Weidetierhaltung ist essenziell für den Naturschutz in den Wiesentälern von Eifel, Sieger- und Sauerland sowie den Deichschutz am Niederrhein. Teure Schutzmaßnahmen, bürokratische Hürden und der Anblick getöteter Tiere treiben Tierhalter zur Aufgabe. Ohne klare Wolfsregulierung wird die Weidetierhaltung langfristig massiv zurückgehen – mit erheblichen ökologischen und wirtschaftlichen Folgen.

Weidetierhaltung verändert sich, weil Wölfe den Bestand bedrohen. Gute Zäune und speziell ausgebildete Hunde, die vom Land gefördert werden, sorgen für Schutz. Doch es geht noch mehr. Das diskutieren wir aktuell im Landtag.

Weidetierhaltung leistet neben der landwirtschaftlichen Bedeutung einen unverzichtbaren Beitrag zur Landschaftspflege und zur Artenvielfalt. Erfreulich ist, dass die Schafhaltung in NRW in den vergangenen Jahren leicht, aber kontinuierlich gewachsen ist. Damit sich die Betriebe gut auf die Rückkehr des Wolfes einstellen und ihre Herden wirksam schützen können, werden sie vom Land NRW beraten und finanziell unterstützt.

Weidetierhaltung leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. In vielen Regionen ist sie aber existenziell bedroht, weil die steigenden Wolfsrisse trotz umfangreicher Schutzmaßnahmen erhebliche finanzielle und psychische Belastungen für Weidetierhalterinnen und -halter darstellen. Ein funktionierendes Wolfsmanagement ist daher entscheidend.

Weidetierhaltung in NRW wird zukünftig nur durch eine dauerhafte Regulierung der Wolfspopulation möglich sein können, dem eine Überführung des Wolfes ins Jagdrecht vorausgehen muss. Akut bedroht ist die Weidetierhaltung durch die aktuelle Wolfspolitik. Die damit verbundenen Folgen sind für die Kulturlandschaft verheerend und haben einen unmittelbaren Rückgang der Artenvielfalt zur Folge.

Herdenschutzmaßnahmen ...

Herdenschutzmaßnahmen – besonders Zäune – können vor allem im Flachland helfen, sie sind aber zeit- sowie kostenintensiv und schränken die Wanderbewegungen der Wildtiere ein. In Mittelgebirgstälern ist der Bau ausreichend hoher Zäune kaum möglich. Herdenschutzhundehunde sind teuer in Anschaffung und Unterhalt und nur für die großen Herden der Berufsschäfer eine Option.

Herdenschutzmaßnahmen sichern ein friedliches Zusammenleben von Wolf und Weidetieren. Deshalb möchten wir hier im Konsens aller demokratischen Fraktionen Verbesserungen erzielen. Weil Anschaffung und laufender Betrieb teuer sind, muss der Staat die Weidetierhalter finanziell unterstützen. Denn das Töten von Wölfen löst kein einziges Problem auf Dauer.

Herdenschutzmaßnahmen sind das A und O für ein gelingendes Zusammenleben mit dem Wolf. Wolfsabweisende Zäune leisten einen guten Schutz gegen Angriffe – ihre Anschaffung wird daher von der schwarz-grünen Landesregierung finanziell unterstützt. Wir wollen nun die Herdenschutz-Förderung auf ganz NRW ausweiten und prüfen, wie sie bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann, beispielsweise im Hinblick auf laufende Kosten.

Herdenschutzmaßnahmen sind kostenintensiv, aufwendig und in vielen Regionen – insbesondere in bergigen oder durch Deiche geprägten Gebieten – nur begrenzt umsetzbar. Zudem gibt es immer wieder Wölfe, die Schutzmaßnahmen überwinden, was zeigt, dass eine alleinige Fokussierung auf Herdenschutz keine nachhaltige Lösung darstellt.

Herdenschutzmaßnahmen dürfen nur Notfallinstrument, nicht wie bisher Dauerlösung sein. Wölfe wie Gloria demonstrieren, dass „Hochrüstung“ im Herdenschutz nur den Trainingsanreiz des Wolfes zur Zäunüberwindung erhöht. Auch wäre zu fragen: Wie ist mit staatlich geförderten Herdenschutzhunden umzugehen, wenn die Halterhaftung greifen muss? Werden dabei Tierschutz- und Hundehaltergesetze verletzt?

Der Schutzstatus ...

Der Schutzstatus des Wolfs ist veraltet. Die Population wächst, die Konflikte nehmen zu. Der günstige Erhaltungszustand ist längst erreicht, doch Deutschland schöpft die EU-rechtlichen Möglichkeiten zur Regulierung nicht aus. Es braucht daher ein aktives Wolfsmanagement mit einer Kombination aus Prävention, zügiger Rissbegutachtung und rechtssicherer Entnahme von Problemwölfen.

Der Schutzstatus des Wolfes bleibt unerlässlich. Dennoch kann es sein, dass einzelne Wölfe an schlecht gesicherten Weiden das Überspringen von Zäunen lernen und damit zum Problem werden. Eine Entnahme wäre dann die Ultima Ratio.

Der Schutzstatus des Wolfes wird derzeit von der EU abgesenkt. So soll der Abschuss einzelner problematischer Wölfe als letztes Mittel erleichtert werden. Für einen rechtssicheren Abschuss müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Abschüsse können den Herdenschutz nicht ersetzen, aber in besonderen Problemfällen die Lage beruhigen und verhindern, dass Wölfe ihr auf Nutztiere ausgerichtetes Jagdverhalten an andere Wölfe weitergeben.

Der Schutzstatus des Wolfes muss an die tatsächliche Populationsentwicklung angepasst werden. Dazu gehört neben der Aufnahme in Anhang 5 der FFH-Richtlinie auch die Überführung des Wolfes ins Jagdrecht, um eine rechtssichere und effiziente Bestandsregulierung zu ermöglichen. Nur so können Problemwölfe gezielt entnommen und die berechtigten Interessen von Weidetierhaltern besser berücksichtigt werden.

Der Schutzstatus des Wolfes und seine Herabstufung werden zwar auf EU-Ebene bereits diskutiert, aber Brüsseler Bürokratiemühlen mahlen langsam. Schnelles Handeln täte not, da der Wolf längst auch den Menschen als Beute entdeckt hat. In den Niederlanden sind bereits wiederholt Kinder angegriffen worden, ohne dass die Wolfspolitik geändert worden wäre. Werden dadurch Menschenrechte verletzt?

AUS DEN FRAKTIONEN

Tijen Ataoğlu: Vom Fraktionsbüro in den Bundestag



Thorsten Schick und Tijen Ataoğlu

Ein Karrieresprung, der nicht alltäglich ist: Tijen Ataoğlu, bislang Büroleiterin des CDU-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schick, zieht in den Bundestag ein. Die Richterin am Landgericht, die in der CDU-Fraktion zunächst als Referentin für den PUA Flut und später für die Bereiche Innen und Recht tätig war, errang als Direktkandidatin im Wahlkreis 137 (Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I) mit 44.236 Erststimmen das Mandat – und bescherte der CDU damit nach 68 Jahren erstmals wieder einen Sieg in diesem Wahlkreis.

Ihr Büro im Landtag in unmittelbarer Nähe des Fraktionssaals und direkt gegenüber dem Vorsitzendenbüro hat sie bereits geräumt. CDU-Fraktionschef Thorsten Schick verabschiedete sie mit gemischten Gefühlen: „In den vergangenen Jahren hat sie mich und die gesamte Fraktion unermüdlich unterstützt. Jeder-

zeit stand sie uns mit Rat und Tat zur Seite. Ihren scharfen Sachverstand werde ich vermissen. Ich wünsche ihr alles Gute für den neuen Abschnitt als Bundestagsabgeordnete für Hagen/Ennepe-Ruhr. Ich bin mir sicher, dass sie eine riesige Bereicherung für den Bundestag sein wird.“

Ataoğlu selbst sieht das Wahlergebnis als klaren Auftrag: „Ich bin überwältigt von diesem Vertrauensbeweis. Aber eine Wahl zu gewinnen, ist erst der Anfang. Jetzt heißt es, anzupacken und den Politikwechsel umzusetzen, den die Bürgerinnen und Bürger sich wünschen.“



NRW muss funktionieren: Unser Einsatz für einen ganzheitlichen Ansatz für eine sichere Gesellschaft

20 Prozent mehr Stichwaffenangriffe, immer mehr tödliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten und 7,8 Prozent mehr Fallzahlen im Bereich Cyberkriminalität mit einem Schaden von mehr als 32 Millionen Euro. Diese Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2024 für NRW zeigen einen äußerst beunruhigenden Trend auf. Auch wenn die Gesamtkriminalität leicht zurückgeht, bleibt die Kriminalitätsrate auf einem hohen Niveau.

Wir sind überzeugt, dass die Bekämpfung von Kriminalität nur mit einem ganzheitlichen Ansatz gelingen kann. Repression und Prävention müssen Hand in Hand gehen, und eine vorausschauende Strategie umfasst mehr als Polizeiarbeit. Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und Chancengleichheit können ein Umfeld schaffen, das die Lebensqualität erhöht

und Teilhabe fördert – und damit dazu beiträgt, die Ursachen von Kriminalität und Radikalisierung zu beseitigen oder zumindest zu verringern. Jeder Euro, der in Prävention investiert wird, erspart nachweislich ein Vielfaches an Ausgaben, die für die Sanktionierung von Straftaten anfallen.

Prävention und wirkungsvolle Reaktion schließen sich nicht aus. So wollen wir unserer Polizei in NRW den Rücken stärken, denn sie ist der Garant für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in unserem Land. Dafür wollen wir Ausbildungskapazitäten ausbauen und die kontinuierliche Steigerung der Einstellungszahlen verstetigen. Ein Personalentwicklungskonzept für die gesamte Polizei ist vonnöten, um die Kriminalpolizei zu stärken, Spezialisierung in der Ausbildung zu ermöglichen und die Beschäftigung von Seitenein-

steigerinnen und -einsteigern wie zum Beispiel IT-Spezialistinnen und -Spezialisten zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zu erleichtern.

Darüber hinaus fordern wir einen periodischen Sicherheitsbericht für NRW, der die Polizeiliche Kriminalstatistik ergänzt und auch das so genannte Dunkelfeld berücksichtigt. Nur mit einem umfassenden Blick auf die innere Sicherheit im Land kann es gelingen, eine nachhaltige Sicherheitspolitik zu schaffen.



Grüne Landtagsfraktion wählt turnusgemäß ihren Vorstand



Planung parlamentarischer Initiativen, Abstimmungen mit dem Koalitionspartner, Entscheidungen in Personal- und Finanzfragen und Vorbereitung der Fraktions-sitzung – das sind unter anderem Aufgaben des Fraktionsvorstandes. Mitte März haben wir turnusgemäß den Vorstand unserer Grünen Landtagsfraktion gewählt.

Arbeit in ihren Ämtern fort. Neu in den Vorstand rückt Julia Eisentraut, die Sprecherin für Digitalisierung, Wissenschaft, Datenschutz und Weiterbildung der Fraktion. Gönül Eglence, Dr. Julia Höller und Michael Röls-Leitmann wurden als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bestätigt.

Wibke Brems und Verena Schäffer bilden weiterhin die Doppelspitze der Fraktion. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer Mehrdad Mostofizadeh sowie die zweite Parlamentarische Geschäftsführerin Norika Creuzmann setzen die

„Wir haben im Fraktionsvorstand in den vergangenen zweieinhalb Jahren als starkes Team sehr gut zusammengearbeitet. Wir freuen uns, dass die Fraktion uns als Doppelspitze bestätigt hat und wir weiterhin dieser vielseitigen, kompetenten und hoch motivierten Fraktion vorstehen dürfen“, erklären Wibke Brems und Verena Schäffer. „Wir starten jetzt mit großem Elan in die zweite Hälfte der Legislatur und werden in diesen herausfordernden und schwierigen Zeiten weiterhin für ein sozial gerechtes, modernes, wirtschaftlich starkes und ökologisches Nordrhein-Westfalen arbeiten.“



„Das Jahr deines Lebens“ – FDP engagiert sich für Freiwilliges Handwerksjahr

Die Freien Demokraten werben im Landtag NRW für ein Freiwilliges Handwerksjahr (FHJ). „Es geht um ‚das Jahr deines Lebens!‘ Mit dem FHJ geben wir Jugendlichen die Chance, sich auszuprobieren und die Weichen für eine berufliche Zukunft im Handwerk zu stellen“, erklärt Susanne Schneider, Sprecherin für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion. NRW brauche „dringend neue Ansätze“ zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Handwerk.

Vier Berufe in einem Jahr kennenlernen

Im FHJ lernen Jugendliche in vier dreimonatigen Praktika unterschiedliche Handwerksberufe kennen und erhalten dafür eine monatliche Aufwandsentschädigung in der Höhe, wie sie auch in anderen Freiwilligendiensten üblich ist. „Das ist die perfekte Möglichkeit,



Susanne Schneider (FDP)

Foto: James Zabel

um die eigenen Talente zu entdecken, ohne sich direkt festlegen zu müssen. Gleichzeitig profitieren Betriebe, weil sie potenzielle Auszubildende früh kennenlernen“, so Schneider. Unterstützt werden soll das FHJ von den Handwerkskammern in NRW.

Mit dem FHJ will die FDP-Fraktion NRW mehr junge Menschen für die duale Ausbildung begeistern und Abbrecherquoten reduzieren. „Handwerk bedeutet Zukunft! Und das müssen wir jungen Menschen noch stärker vermitteln. Ein FHJ wäre dafür ein großartiges Instrument“, schließt Schneider.



Stark wachsende Wolfspopulation muss reguliert werden!

„Mit der Betroffenheit ändert sich die Perspektive.“ Gerhard Fallent aus Niederösterreich weiß, wovon er spricht. Seine Schafherde wurde selbst Ziel von Wolfsangriffen. Seither schützt er seine Tiere durch einen massiven Zaun und weiß doch, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis Wölfe auch diese Hürde überwinden. Immer höhere Herdenschutzzäune, so Fallent, sind für Wölfe nur ein Trainingsanreiz, um zur Beute zu gelangen. Weidetiere sind im Pferch dem Wolf schutzlos ausgeliefert.



Zacharias Schalley

zu Ängsten um Leib und Leben bei Menschen mit Wolfsbegegnungen. Gerhard Fallent gibt diesen Menschen eine Stimme. Fallent hebt in seiner Stellungnahme, die er für eine Anhörung am 10. März im Landtag von Nordrhein-Westfalen zum Thema „Wolfsmanagement“ verfasste, als einziger Sachverständiger explizit hervor, dass Wölfe auch eine Gefahr für

Menschen darstellten. Er verweist dabei auf den Wolfsforscher Valerius Geist und dessen Konzept der „sieben Stufen der Eskalation“. Die Eskalationsspirale werde in Gang gesetzt, wenn Wölfe nicht durch konsequente Bejagung in ihrer Population klein und gegenüber dem Menschen scheu gehalten würden. Nach Auffassung Fallents sei in Deutschland bereits die Stufe 6 erreicht: Der Wolf entdecke den Menschen schrittweise als Beute zu begreifen.

Der Sprecher der AfD-Fraktion für Landwirtschaft und Umwelt im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Zacharias Schalley, fasst die Anhörung, in der dank des Sachverständigen Gerhard Fallent erstmals ein umfassender und differenzierter Blick auf die Wolfproblematik geworfen werden konnte, wie folgt zusammen: „Die Anhörung hat mit vielen Mythen, die über den Wolf kursieren, aufgeräumt – von der Ungefährlichkeit für Menschen; über den angeblich notwendigen strengen Schutz; bis zur Behauptung, dass der Wolf eine positive Auswirkung auf unsere Kulturlandschaft hätte.“



Porträt: Frederick Cordes (SPD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Frederick Cordes. Der 39 Jahre alte Oberhausener ist unter anderem Mitglied im Wirtschaftsausschuss – und Generalsekretär der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Bei der Frage, wie er in die Politik gekommen sei, muss Frederick Cordes lächeln. „An meinem 16. Geburtstag, beim gemeinsamen Frühstück im Café meiner Eltern in Oberhausen-Sterkrade, lag ein schon fertig ausgefüllter Mitgliedsantrag auf dem Tisch“, erzählt der Sozialdemokrat, den die meisten in der SPD nur kurz Freddy nennen. Vorbereitet hatte den sein Vater: Der Konditor Hubert Cordes engagiert sich noch heute nicht nur als Landesinnungsmeister seines Handwerks, sondern war in der Revierstadt auch langjähriger SPD-Ratsherr.

„Ja, ich komme aus einer SPD-Familie“, sagt Cordes. Typisch für selbstständige Handwerker sei das nicht unbedingt. Allerdings gebe es in der Familie eine Tendenz zur politisch linken Mitte: Sein Onkel Wolfgang Cordes war viele Jahre Vorsitzender der Grünen-Fraktion im Bochumer Stadtrat, dem er auch jetzt noch angehört.

Gerade als Teenager habe er aber mit den in den Nullerjahren noch oft traditionellen Strukturen im SPD-Ortsverein „gefremdet“, erzählt Cordes, der 2020 für den ehemaligen Parlamentarischen Geschäfts-

führer der SPD-Fraktion, Marc Herter, in den Landtag nachgerückt ist. Zuvor hatte Herter in Hamm das Amt des Oberbürgermeisters von der CDU zurückerobert.

„Aber dann“, sagt Cordes, „habe ich die Jusos für mich entdeckt.“ In der Jugendorganisation der Sozialdemokraten rückte er schnell auf: 2008 war er Vorsitzender der Jusos seiner Heimatstadt, 2010 wurde er in deren Landesvorstand gewählt – und war von 2014 bis 2018 NRW-Chef der Jusos. Parallel zum Master-Studium der Geografie, das er 2016 an der Ruhr-Uni Bochum abschloss, arbeitete Cordes für seine Partei: 2015 leitete er den Oberbürgermeisterwahlkampf in Wuppertal, bei dem der Sozialdemokrat Andreas Mucke am Ende die Nase vorn hatte. Und von 2016 bis 2017 half er als Wahlkampfchef der Bielefelder SPD mit, die heutige Sprecherin der Parlamentarischen Linken in der Bundestagsfraktion, Wiebke Esdar, erstmals in das Bundesparlament nach Berlin zu bringen.

Zudem war er Kampagnenleiter der heutigen Co-Bundesvorsitzenden der Sozialdemokraten, Saskia Esken, und von

Ex-Landesfinanzminister Norbert Walter-Borjans, als eine neue Parteispitze zur Wahl stand. Und 2020 führte der 39-Jährige ehrenamtlich den Wahlkampf seines Freundes und Vorgängers als Juso-Landeschef, Veith Lemmen, der heute Bürgermeister im westfälischen Werther ist.

„Einfacher und verlässlicher“

Cordes' Wahl zum Generalsekretär der NRW-SPD 2023 scheint nach der verlorenen Landtagswahl ein Jahr zuvor daher fast zwangsläufig. Im schwarzen Anzug und mit weißem Hemd, aber ohne Krawatte und mit seinem Markenzeichen, „Chucks“-Turnschuhen an den Füßen, erklärt der Parteilinke, wie er die schwächelnde SPD wieder nach vorn bringen will: „Einfacher und verlässlicher“ soll das Leben gerade der „normalen Menschen“ werden, so seine Forderung. Insbesondere berufstätige Familien stünden von vielen Seiten unter Druck. „Wir müssen dafür

sorgen, dass ihr Alltag wieder funktioniert“, so der „Landesgeneral“.

Das Angebot seiner Partei, die bei der Bundestagswahl in ihrem einstigen Stammland NRW nur noch 20 Prozent der Zweitstimmen einfuhr, sei nicht nur eine „verlässliche Kita- und Ganztagsbetreuung“. Überfällig seien auch Investitionen in jede Art der öffentlichen Infrastruktur, sei es etwa im Verkehrsbereich, in ein Wasserstoffnetz für klimaneutrale, arbeitsplatzsichernde Industrieproduktion, aber auch in Schwimmbäder und andere marode öffentliche Gebäude. Und seine „Herzensangelegenheit“ als Landtagsabgeordneter sei die „Gleichwertigkeit von dualer und akademischer Ausbildung“, etwa durch den Bau von bezahlbaren Wohnheimen für Auszubildende.

Inhaltlich nicht unzufrieden blickt Cordes deshalb auf die laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin: Das 500 Milliarden Euro schwere Investitionsprogramm, auf das sich Sozial- und Christdemokraten geeinigt haben, reklamiert er als Erfolg für seine Partei. Jetzt müsse das Geld „bei den Menschen vor Ort sichtbar ankommen“, mahnt Cordes. Die demokratische Mitte müsse zeigen, dass sie das Leben der Menschen ganz konkret verbessern kann, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. *Andreas Wyputta*

Zur Person

Frederick Cordes (39) ist gebürtiger Oberhausener und ledig. Nach dem Abitur studierte er Geografie an der Ruhr-Universität Bochum (Stadt- und Regionalentwicklungsmanagement). Das Studium schloss er als Master of Science ab. Cordes ist seit 2002 SPD-Mitglied und Mitglied im Landesvorstand der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, seit 2023 deren Generalsekretär. Zuvor war er Vorsitzender der Jungsozialisten (Jusos) NRW und der Jusos Oberhausen. Er ist Mitglied der Gewerkschaften IG Metall und IG BCE. Seit 1. November 2020 ist Cordes Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Wald der Zukunft

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) hat Ende März im Landtag den „NRW-Preis für vorbildliche Waldwirtschaft 2025“ verliehen. Landtagspräsident André Kuper ist Schirmherr der Preisverleihung und überreichte die Auszeichnung gemeinsam mit Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen an den Forstbetrieb Krebber aus Wesel. Die SDW würdigt mit dem Preis herausragendes Engagement für nachhaltige Forstwirtschaft. Der Forstbetrieb Krebber bewirtschaftet insgesamt 55,56 Hektar Wald nachhaltig. Weitere 26,53 Hektar sind an das Land Nordrhein-Westfalen für Naturschutzzwecke verpachtet und gehören zu einem Schutzgebiet, in dem naturnahe Eichenwälder gefördert werden. Der Betrieb engagiert sich aktiv für den Umbau zu klimastabilen Mischwäldern. Insgesamt zählt die Forsteinrichtung 19 verschiedene Baumarten. Mit der Auszeichnung würdigt die



Präsident André Kuper (2.v.r.) überreichte die Auszeichnung gemeinsam mit Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (l.) und Marie-Luise Fasse (SDW-Landesvorsitzende) an Reinhard Krebber aus Wesel. Foto: Schälte

SDW jährlich herausragende Betriebe, die innovative und zukunftsorientierte Konzepte der Waldwirtschaft umsetzen.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 10. Juni 2025. Sie ist ab Freitagmorgen, 6. Juni 2025, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

24.2. Armin Jahl (SPD/77)
MdL 2010–2022

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnapertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 28. März 2025, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.
Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Adobe/byrdyak

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.*

[Weitere Hinweise](#)

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Mein Lieblingsbuch ist die Geschichte von Frederick, der Maus, die für den Winter keine Körner oder Nüsse, sondern Sonnenstrahlen, Farben und Wörter sammelt. Sie zeigt, dass nicht immer auf den ersten Blick klar ist, wer eigentlich was zur Gesellschaft beiträgt.

Welche Musik hören Sie gerne?

Egal ob zu Hause, unterwegs oder mit Freunden auf Konzerten – am liebsten höre ich Punkrock und andere Radaumusk.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Senf, saure Gurken und ein leckeres Pils findet man bei mir eigentlich immer im Kühlschrank.

Ihr liebstes Reiseziel?

Da gibt es viele, aber am häufigsten geht's auf jeden Fall nach Holland. Da kann man sich eigentlich immer wohlfühlen.





Foto: Schälte



Fotos: Kitschenberg

Museumsnacht im Landtag

Anlässlich der Düsseldorfer Nacht der Museen am Samstag, 26. April 2025, öffnet der Landtag NRW von 19 Uhr bis 1 Uhr seine Türen. Der Besucherdienst gibt spannende Einblicke in die parlamentarische Arbeit, und der Landtag stellt sich als attraktiver Arbeitgeber vor. In der Wandelhalle erwartet die Gäste die Ausstellung „Neue Brücke“, ein Projekt von Prof. Christian Macketanz (Hochschule für Bildende Künste Dresden) gemeinsam mit ehemaligen Meisterschülerinnen und -schülern. Die Künstlerinnen und Künstler bieten Kurzführungen zu ihren Werken an. Für eine entspannte musikalische Atmosphäre sorgen DJ AXL NT und das Duo NEUTON (Bild unten).

